

Interpellation Nr. 98 (Januar 2010)

09.5355.01

betreffend die politische Verantwortlichkeit der Regierung und personelle Konsequenzen in Regierung und Verwaltung im Zusammenhang mit der Fehleinschätzung 2006/2007 und der jetzigen Nichtweiterführung des Geothermieprojekts "Deep Heat Mining Basel"

In einer Medienmitteilung vom 10. Dezember 2009 teilt das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt mit, dass das Geothermieprojekt "Deep Heat Mining Bgsel" nicht weitergeführt werden kann. Die Risikoanalyse zeige erst jetzt, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit sowohl bei der Fertigstellung als auch beim Betrieb des Geothermieprojektes "Deep Heat Mining Basel" weitere Erdbeben zu erwarten sind. Diese Beben können die Grössenordnung der Erschütterungen von Ende 2006/Anfang 2007 erreichen oder sogar überschreiten. Wegen der hohen Besiedlungsdichte am Standort Basel müsste als Folge der Beben mit Sachschäden an Gebäuden in der Grössenordnung von CHF 40'000'000. gerechnet werden. Das Risiko von Personenschäden wird demgegenüber als gering eingestuft. Auch die Gefahr, dass das Projekt natürliche, grosse Erdbeben auslösen könnte, wird als sehr gering betrachtet. Aufgrund der Resultate der Risikoanalyse ist jedoch klar, dass das Projekt "Deep Heat Mining Basel" in der beabsichtigten Form nicht weitergeführt werden kann.

Diese Befürchtungen wurden schon vor der Untersuchung geäussert und von der Regierung bzw. der damaligen Departementsvorsteherin regelrecht vom Tisch gewischt. Ich verweise nicht zuletzt auf die Antworten auf meine beiden Interpellationen.

07.02.2007, 06.5401 Interpellation Nr. 1 Heinrich Ueberwasser betreffend dem vorläufigen Abbruch des Bohrturms und die "Denkpause" für das ganze Projekt Deep Heat Mining in Basel (Kleinhüningen)

10.01.2007, 06.5377 Interpellation Nr. 101 Heinrich Ueberwasser betreffend das "Deep Heat Mining"-Erdbeben im Raum Basel und die Verantwortung der Behörden

Ich bitte Sie deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie rechtfertigen Sie den Widerspruch zwischen Ihren Aussagen damals und heute?
2. Wer trägt die politische Verantwortung für die Einschätzung damals und das Scheitern des Projekts heute?
3. Sind personelle Konsequenzen in Regierung und Verwaltung zu erwarten?

Heinrich Ueberwasser